

Redeauszug: Angelika Beer [PIRATEN]

EILT! Korrekturfrist 24.06.2014, 18:00 Uhr.

Bei Änderungen bitte zurück an den Ausschussdienst und Stenografischen Dienst, FAX: 0431 5300 4 1180,  
E-Mail: plenarprotokoll@landtag.ltsh.de

Antrag der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 18/1969 (neu, 2. Fassung)

**Verantwortlichkeiten für Minderheiten auf EU-Ebene verbindlich regeln und die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen unterstützen**

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 18/2036

Antrag der Fraktionen der CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 18/2044

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Dann begrüßen Sie bitte mit mir auf der Tribüne die Minderheitenbeauftragte Renate Schnack mit ihren Begleiterinnen Dr. Heike Schmidt und Linda Pieper. Sie alle sind uns angekündigt worden. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag.

(Beifall)

Wir kommen jetzt zur Aussprache. Das Wort hat die Frau Abgeordnete Angelika Beer von der Piratenfraktion.

**Angelika Beer [PIRATEN]:**

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Minderheitenbeauftragte Renate Schnack! Wenn es um Minderheiten geht, gibt es viel zu diskutieren. Vielleicht sollte ich mich dafür entschuldigen, dass es dazu jetzt wahnsinnig viele Papiere gibt; aber das Ergebnis ist gut. Es gibt nämlich nun auch eine interfraktionelle Vorlage, und ich denke, dass dies das richtige Zeichen für die Minderheitenpolitik in Schleswig-Holstein ist.

(Beifall)

Es ist ein Signal an die Europäische Union und an die Europäische Kommission. Ich will kurz begründen, warum uns das so wichtig ist.

Worum geht es? - In der EU leben 505 Millionen Einwohner. Davon gehören etwa 8,2 % oder 40 Millionen Menschen einer autochthonen Minderheit an. Dabei werden von 156 nationalen Minderheiten und Volksgruppen 90 Regional- und Minderheitensprachen gesprochen, wovon 37 Amtssprachen sind und 53 Sprachen als Sprachen Staatenloser gelten. Betrachten wir alle 47 europäischen Staaten, so gehören mehr als 100 Millionen Menschen, also jeder siebte Europäer, einer autochthonen Minderheit oder Volksgruppe an.

Ich möchte Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt sicherlich nicht mit statistischen Zahlen oder mit Datenmaterial langweilen. Aber diese Fakten sind wichtig, weil man bedenken muss, dass es sich um fast 10 % der EU-Gesamtbevölkerung handelt, die sich speziellen kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Bedürfnissen und Problemen gegenübergestellt sehen.

Diese Fakten sind wichtig, wenn man bedenkt, dass es bisher innerhalb der EU-Kommission niemanden gibt, der sich aktiv und engagiert für sie einsetzt, um Minderheitenrechte zu implementieren, gleichberechtigte Integration in die Gesellschaft zu fördern und Spannungen zwischen Mitgliedstaaten, deren Gesellschaften und ihren Minderheiten zu moderieren. Dies gilt vor allem dort, wo nationalistische und extremistische Kräfte aus diesen Spannungen einen politischen Nutzen zu ziehen versuchen.

(Beifall PIRATEN)

Minderheiten, verehrte Kolleginnen und Kollegen, haben Fähigkeiten und Fertigkeiten, die für ganz Europa wichtig sind. Sie stellen einen Mehrwert da.

(Beifall PIRATEN)

Mehrsprachigkeit, Innovation durch Kreativität, Konfliktmanagement, wirtschaftliche Produktivität, kulturelle Vielfalt, Integrationsbereitschaft, um nur einige wenige aufzuzählen.

Leider werden Minderheiten von der Mehrheitsgesellschaft meist erst dann wahrgenommen, wenn es zu Krisen und Konflikten kommt, wie geschehen

Redeauszug: Angelika Beer [PIRATEN]

EILT! Korrekturfrist 24.06.2014, 18:00 Uhr.

Bei Änderungen bitte zurück an den Ausschussdienst und Stenografischen Dienst, FAX: 0431 5300 4 1180,  
E-Mail: plenarprotokoll@landtag.ltsh.de

---

auf dem Balkan, im Baskenland oder auch in Nordirland. Nicht zuletzt deshalb müssen die Minderheitenrechte in den EU-Staaten sichergestellt sein und gestärkt werden. Vor allem während der Beitrittsvorbereitungen von neuen europäischen Staaten kann es nicht sein, dass man Minderheiten ignoriert, nur weil man glaubt, dass eine EU-Erweiterung wirtschaftlich sinnvoll oder politisch wünschenswert wäre.

(Beifall PIRATEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deswegen stärken wir auch dem ehemaligen Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen im Jahre 2009 und gerade jüngst unserem Ministerpräsidenten anlässlich des Kongresses der FUEV, auf dem er sich für die Einrichtung eines EU-Kommissariats eingesetzt hat, den Rücken in ihren Aussagen. Wir möchten ihnen diesen hoffentlich einstimmig gefassten Beschluss mitgeben. Wir als Landtag haben einstimmig die Minority Safepack Initiative unterstützt. Wir denken, dass es an der Zeit ist, dass die Minderheit endlich auch sichtbar in der Überschrift eines Kommissariats vorkommt und nicht weiterhin unter „ferner liefen“ läuft und negiert wird.

In Anbetracht der Tatsache, dass humanitäre Fragen innerhalb der EU-Kommission bisher kaum eine Rolle gespielt haben, bin ich sehr froh, dass wir hier gemeinsam einen Prozess in Gang setzen. Wenn wir sehen, wie gerade jetzt schon die Verhandlungen zur Bildung der neuen EU-Kommission laufen, dann glaube ich, ist es richtig und gut, dass der Landtag hier und heute ein solches Signal senden kann und senden sollte. Ich bin zuversichtlich - egal ob es Jean-Claude Juncker oder Martin Schulz sein wird -, dass diese Forderung in Brüssel Gehör finden wird. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN)